



Auch das Land muss nach dem Geld schauen – soll dennoch weiterhin auf den Ankauf von CDs mit Steuersünder-Daten verzichtet werden?

Foto: Holzwarth

**Landtagswahl 2011 – Wir fragen die Kandidaten im Wahlkreis Nürtingen (3):** Die goldenen Jahre sind auch im Ländle vorbei. Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse erzwingt weitere Einschnitte in die Ausgaben des Staates. Worauf kann Ihrer Meinung nach konkret verzichtet werden? Wo wollen Sie den Rotstift ansetzen? Soll sich das Land weiterhin weigern, CDs mit den Daten von Steuersündern anzukaufen?



Thaddäus Kunzmann (CDU)



Walter Bauer (SPD)



Hosam el Miniawy (FDP)



Winfried Kretschmann (Grüne)



Peter Rauscher (Die Linke)

Nach Bayern und Sachsen hat Baden-Württemberg die geringste Verschuldung pro Einwohner. Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland, das seit Bestehen des Länderfinanzausgleichs nur einbezahlt hat. Den fast 50 Milliarden Euro Ausgleichszahlungen stehen rund 45 Milliarden Euro Schulden entgegen. Wir wären heute schuldenfrei, gäbe es den Länderfinanzausgleich nicht.

Unser Ziel ist, dass wir spätestens ab 2014 ohne neue Schulden auskommen. Das ist uns bereits 2008 und 2009 gelungen. Dann kam die Finanzkrise. Dieses Ziel verlangt jedoch Verzicht. Schon alleine deshalb verkneifen wir uns milliarden schwere Wahlversprechen. Die Zusage, dass bei der Bildung und der Polizei nicht gespart wird, gilt. Darüber hinaus werden wir jedoch zum Maßhalten gezwungen sein. Mir persönlich ist dabei eine gute Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden wichtig. Dafür steht Baden-Württemberg: Unsere Städte und Gemeinden sind die finanz- und investitionsstärksten sowie schuldenärmsten in ganz Deutschland.

Um mittelfristig auch in schwierigen Zeiten das Ziel der Nullverschuldung zu erreichen, muss das ungerechte und leistungshemmende System des Länderfinanzausgleichs verändert werden. Es kann nicht sein, dass uns die jährlichen Zahlungen in Höhe von 1,5 bis 2,2 Milliarden Euro zu Sparmaßnahmen zwingen, die anderorts nicht abverlangt werden. Wer die Kindergärten und Hochschulen gebührenfrei stellen will, kann dies tun – dann aber mit dem eigenen und nicht mit unserem Geld. Die CDU steht für eine solide Haushaltspolitik. Das ist unser baden-württembergisches Markenzeichen.

Alle staatlichen Ebenen kämpfen mit Schulden. Wer, wie die schwarz-gelbe Bundesregierung, gestützt durch die schwarz-gelbe Landesregierung, in einer solchen Situation ein sogenanntes Wachstumsbeschleunigungsgesetz beschließt, dem fehlt offensichtlich die notwendige Finanzkompetenz. Zugunsten von Steuerprivilegien unter anderem für Hotelbesitzer fehlen dem Landeshaushalt dadurch 350 Millionen Euro, den Kommunen 400 Millionen Euro. Um den Landeshaushalt wieder in Ordnung zu bringen, müssen wir die Einnahmen verbessern und die Ausgaben senken. Ich bin froh, dass die SPD mit Nils Schmid einen ausgewiesenen Finanzexperten an der Spitze hat.

Jährlich geht dem Land Baden-Württemberg durch Steuerhinterziehung ein zweistelliger Millionenbetrag verloren. Die Landesregierung aber hat in den letzten zehn Jahren bei der Steuerverwaltung rund 2000 Stellen abgebaut und sich geweigert, die CDs mit Steuersünderdaten zu kaufen. Das darf nicht sein: Steuerhinterziehung muss im Hinblick auf Steuergerechtigkeit und die Glaubwürdigkeit des Staates energisch bekämpft werden. Wir sollten auch eine ehrliche Diskussion über eine Vermögenssteuer führen. Dies käme allen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes zugute. Kaum ein Industriestaat besteuert seine besonders betuchten Bürgerinnen und Bürger nicht. Durch die Schaffung einer einzigen mittleren Verwaltungsebene, statt Kreis, Regional-, und Regierungsbezirken, könnte das Land rund 250 Millionen Euro einsparen. Damit gewinnen wir nicht nur an Effizienz, sondern könnten die unterste, bürgernähe Ebene – die Städte und Gemeinden – nachhaltig stärken.

Die goldenen Jahre im Ländle sind nicht vorbei! Im Gegenteil: 2010 wuchs unsere Wirtschaft um 4,7 Prozent. Wir haben die niedrigste Arbeitslosenquote in Deutschland und mit 2,7 Prozent die geringste Jugendarbeitslosigkeit in der EU. Der Südwesten brummt. Mit der FDP in der Landesregierung wurden hierfür die Rahmenbedingungen geschaffen. Baden-Württemberg kam bereits in den Vorkrisenjahren 2008 und 2009 ohne Neuverschuldung aus. Wegen der Wirtschaftskrise waren Konjunkturprogramme und damit neue Schulden politisch unumstritten und zur Sicherung von Arbeitsplätzen notwendig.

Wir sind nun auf dem besten Weg, 2014 wieder ohne Neuverschuldung auszukommen. Die Weichen hat die schwarz-gelbe Landesregierung bereits gestellt – auch durch Verzicht auf teure Wahlgeschenke. Dieser eingeschlagene Weg würde durch eine grün-rote Landesregierung mit oder ohne kommunistische Stütze wieder zu nichtemacht werden. Ich will keine nordrhein-westfälischen Verhältnisse in BW. In NRW wurde die übermäßige Kreditaufnahme der rot-(rot-)grünen Landesregierung für verfassungswidrig erklärt. Wer die Millionengeschenke zusammenrechnet, welche Grüne und SPD für den Fall eines Wahlsieges versprechen, weiß, dass die Schuldenbremse nicht einzuhalten wäre.

Zu Steuer-CDs: Steuerhinterziehung ist kein Kavaliärsdelikt. Steuerhinterzieher müssen gefasst und bestraft werden, auch mit mehr Fahndern. Durch den Kauf von illegal erworbenen Steuerdaten werden Menschen aber ermuntert, sich illegal Informationen zu beschaffen, um diese weiterzuverkaufen. Das halte ich für den falschen Weg.

Grundlage der Grünen-Finanzpolitik ist das Prinzip der Nachhaltigkeit. Wir dürfen unseren Kindern und Enkeln nicht einen erdrückenden Schuldenrucksack überlassen. Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte müssen sich nach den Einnahmen richten. Der Landeshaushalt weist ein strukturelles Defizit von circa 1,3 Milliarden Euro auf. Angesichts von Deckungslücken, die nach der Finanzplanung der Landesregierung für die Jahre 2012 bis 2014 bei zusammen acht Milliarden Euro liegen, ist es völlig klar, dass große Einsparungen kommen müssen. In der Föderalismuskommission II, bei der ich als Vertreter der grünen Fraktionsvorsitzender der Länder mitgewirkt habe, wurde eine „Schuldenbremse“ für Bund und Länder im Grundgesetz verankert: Ab 2020 dürfen die Länder keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Dies wirkt schon heute, weil man Finanzierungspläne nicht mehr in die Zukunft schieben kann.

Wo kann man im Land sparen? Die Grünen meinen, dass zum Beispiel die Pensionen – insbesondere die Beihilfen – neu geregelt werden müssten. Denkbar wäre eine Anpassung an die gesetzliche Rentenversicherung. Dies könnte eine strukturelle Einsparung von 200 Millionen Euro jährlich bedeuten. Die Schuldenbremse einzuhalten bedingt auch, dass die staatlichen Leistungen einer konsequenten Aufgabenkritik unterzogen werden. Warum zahlt Baden-Württemberg für eine Bahnstrecke des Bundes fast eine Milliarde Euro? Das Land hätte die Steuer-CD kaufen sollen, denn sie löste immerhin in Baden-Württemberg 6500 Selbstanzeigen aus und es wären sicher noch höhere Steuereinnahmen möglich gewesen.

Viele Kommunen – so auch Nürtingen – stehen vor dem finanziellen Kollaps. Dies wirkt sich auf die Daseinsvorsorge der Menschen negativ aus. Gebühren steigen, öffentliche Einrichtungen werden geschlossen und so weiter. Daher benötigen die Kommunen einen Schutz, damit die Schulden nicht noch mehr auf kommunale Ebene verlagert werden. Dies muss in der Landesverfassung verankert werden.

Woher aber das Geld nehmen? Da das Land kaum eine Steuerhoheit hat, ist es notwendig, auf Bundesebene – über den Bundesrat – umzusteuern. So würde eine Millionärsteuer jährlich für Baden-Württemberg eine Mehreinnahme von elf Milliarden Euro bedeuten. Wobei anzumerken ist, dass unser Vorschlag für eine solche Steuer erst ab einer Million Privatvermögen mit einem Steuersatz von fünf Prozent gelten soll. So könnte auch „freiwillige Mehrarbeit“ von Beamtinnen und Beamten, wie es die Landesregierung plant, verhindert werden.

Der Ankauf von CDs mit Daten von Steuersündern ist zu begrüßen. Es ist verständlich, dass sich die Landesregierung weigert, dies zu tun. Denn Steuerhinterziehung in solchen Größenordnungen ist kein Kavaliärsdelikt. Ebenso erscheint es notwendig, dass die Finanzämter besser ausgestattet werden müssen, um Steuerhinterzieher zu verfolgen. Hier hat das Land eine Möglichkeit, seine Einnahmesituation zu verbessern.